Gut genug für die Notbetreuung aber nicht für eine gerechte Bezahlung

**Interview mit
einer Kindheitspädagogin**

Für die viel
gelobten „systemrelevanten Berufe“ gab es bisher nicht viel mehr
als ein bisschen müden Applaus vom Balkon oder aus Merkels
Homeoffice. Wir sprachen mit Clara (Name von der Redaktion geändert),
einer Kindheitspädagogin aus Berlin, um zu erfahren, was eigentlich
in der Kinderbetreuung abgeht und wie sich ihr Arbeitsalltag durch
Corona verändert hat.

**REVO: Hey Clara,
vielen Dank, dass du dir die Zeit nimmst, mit uns zu sprechen.
Vielleicht kannst du zum Anfang einmal kurz beschreiben, wie die
allgemeine Situation in der Kinderbetreuung so aussieht?**

Clara: Gerne! Seit
dem 1. August 2013 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten
Lebensjahr in Deutschland einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz,
der von Kindergärten, Kinderläden und Kindertagespflegepersonen zur
Verfügung gestellt werden soll. Dort werden tausende Kinder
tagtäglich von pädagogischen Fachkräften, welchen, die es noch
werden wollen und Quereinsteiger_Innen betreut, damit sie im sozialen
Miteinander lernen und sich bestmöglich entwickeln können,
Bildungsungleichheiten ausgeglichen werden sollen und Eltern ihren
Erwerbstätigkeiten nachgehen können.

So stellt es die
Theorie jedenfalls dar. Dass es in der Praxis häufig ganz anders
aussieht, wird immer wieder versucht in die Öffentlichkeit zu

tragen. Die Situation für Kinder und Fachkräfte ist oft ziemlich belastend. Mehr als 90 % mussten in den vergangenen 12 Monaten zumindest zeitweise mit einer bedenklichen Personalunterdeckung arbeiten. 94 Prozent der Kitas haben nach Angaben der befragten Leitungskräfte für unter dreijährige Kinder eine Fachkraft-Kind-Relation, die hinter der wissenschaftlichen Empfehlung von 1 zu 3 zurückbleibt. Die Personalsituation in deutschen Kitas ist also dramatisch. Abstriche bei der Förderung und erhöhte Haftungsrisiken sind die Folgen.

REVO: Hast du denn das Gefühl, dass diese Missstände von der Regierung in Angriff genommen werden?

Da ich davon praktisch nicht viel merke, habe ich mal im Internet nachgeschaut. In den Lageberichten auf den Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist die Rede vom lobenswerten Anstieg der Betreuungszahlen und der auf den Weg gebrachten Gelder und Projekte.

Das, was dort steht, ist jedoch fernab der tatsächlichen Realität. Mal abgesehen davon, dass das Augenverschließen vor den Tatsachen schon schlimm genug ist, spielt dieser Umgang mit der kritischen Situation auch die Lage der Kinder und Fachkräfte in der frühkindlichen Betreuung extrem herunter. Diese vorherrschenden Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung bürgen erhebliche Risiken, da unter anderem das Empfinden von Stress enorm ansteigt, was die Entwicklung der Kinder sehr beeinträchtigen kann. Eine individuelle Förderung jedes Kindes kann unter den derzeitigen Bedingungen in vielen Einrichtungen nicht gewährleistet werden.

REVO: Deine Berufsbezeichnung heißt ja genau genommen „Kindertagespflegeperson“. Was hat es damit auf sich? Sind die Arbeitsbedingungen in diesem

Bereich besser?

Angesichts der zugespitzten Lage in vielen Kitas ist es für manche Eltern ein ziemlicher Lichtblick, wenn sie einen Betreuungsplatz bei einer sogenannten „Kindertagespflegeperson“ erhalten können. In diesem Modell werden maximal fünf Kinder von einer Person bzw. maximal zehn Kinder von zwei Kindertagespflegepersonen im Verbund betreut. Im Vergleich zu Kitas mit bis zu 200 Kindern klingt das sehr harmonisch und familiär.

Aber auch hier wird dabei außer Acht gelassen, dass der von frühpädagogischen Expert_Innen empfohlene Betreuungsschlüssel von Kindern unter drei Jahren generell bei eins zu drei liegt. Um eine durchgehend qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung zu gewährleisten, dürften auf eine Tagespflegeperson eigentlich nur drei Kinder kommen. Da in den meisten Fällen Kindertagespflegepersonen selbstständig tätig sind, obliegt ihnen die freie Wahl, wie viele Kinder sie betreuen wollen. Rein theoretisch hätten sie also die Möglichkeit im Wohle des Kindes zu entscheiden und durch eine geringere Betreuungszahl eine bestmögliche Entwicklungsumgebung zu gestalten.

REVO: Doch vermutlich liegen auch in diesem Sektor Theorie und Praxis weit auseinander richtig?

Genau, das wollte ich auch gerade sagen (lacht). Kindertagespflegepersonen werden in Berlin nicht nach Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt, sondern pro Betreuungsplatz, den das Jugendamt durch sie an Familien vermitteln kann. Das Einkommen, welches wir aus unserer selbstständigen Tätigkeit gewinnen, ist also davon abhängig, wie viele Kinder wir betreuen. Für ein Kind, welches bis zu sieben Stunden in einer Kindertagespflege betreut wird, wird in Berlin ein

„Betreuungsentgelt“ von 467€ gezahlt. Seit dem 1.01.2019 wird zusätzlich pro Kind und Monat ein Betrag von 46€ ausgezahlt, um die pädagogische Vor- und Nachbearbeitungszeit zu entlohnen. Hinzu kommen noch 220€ „Sachkostenpauschale“ pro Kind, welche für die Verpflegung, Materialbeschaffung und anderweitige Ausgaben zur Verfügung stehen, aber nicht als Gehalt gerechnet werden können.

So beträgt also das Gehalt für eine Kindertagespflegeperson in Berlin, welche 5 Kinder von Montag bis Freitag jeweils 7 Stunden betreut 2565€ (brutto). Bei einer reinen Betreuungszeit von 35 Stunden pro Woche würde das einem Stundenlohn von 16,65€ entsprechen. Zieht man nun noch Steuern und Beiträge für die Sozialversicherungen ab, bleibt ein Netto-Gehalt von 1586,58€.

Eine Kindertagespflegeperson ist aber neben der Bildung und Erziehung der ihr anvertrauten Kinder, was die Entwicklungsdokumentation und das Vorbereiten und Durchführen von Elterngesprächen beinhaltet, auch für den Einkauf, das Kochen, das Putzen und die Buchhaltung zuständig. Diese Aufgaben können nicht parallel zur Kinderbetreuung durchgeführt werden und müssen in der Vor- und Nachbereitungszeit bewerkstelligt werden. Diese findet aber nur in geringem Maße Berücksichtigung in der Bemessung der Entgelte. Würde man die Rechnung nun, unter Beachtung der zusätzlich anfallenden Aufgaben und dem damit einhergehenden Zeitaufwand von mindestens 5 Stunden pro Woche berechnen, ergäbe sich ein Brutto-Stundenlohn von ca. 14,57€.

In Berlin werden die Kindertagespflegepersonen dazu angehalten, vorrangig Kinder im Alter von 0-3 zu betreuen. Der Bedarf an Pflege, Hilfestellung und Zuwendung ist in diesem Entwicklungsabschnitt der Kinder besonders hoch, daher empfehlen Expert_Innen schon den bereits erwähnten Betreuungsschlüssel von eins zu drei einzuhalten. So kann jedem Kind die nötige Zuwendung entgegen gebracht, eine stabile Beziehung

aufgebaut und eine Atmosphäre geschaffen werden, welche das Kind in seinen Entwicklungsprozessen anregt aber nicht überreizt. Würden wir uns jedoch tatsächlich an diesen Vorgaben orientieren und nur drei Kinder betreuen, läge unser Bruttogehalt bei 1536€ und damit unser Stundenlohn bei 8,73€, denn nur die Anzahl der betreuten Kinder ändert eben nicht die Anzahl der Wochenstunden. Unser Nettogehalt betrüge dann circa 943€.

**REVO: Ihr habt
also die Wahl zwischen guter Betreuung oder einem Gehalt, mit dem ihr
eure Miete bezahlen könnt?**

Genauso ist es. Uns
bleibt die Wahl zwischen der Sicherstellung einer durchgängig guten Betreuungsqualität unter eigenen hohen finanziellen Einbußen am Rande des Existenzminimums oder der Arbeit unter prekären Bedingungen für die Entwicklung der Kinder bzw. der eigenen psychischen Gesundheit in Folge eines hohen Betreuungsschlüssels, aber dafür mehr Geld.

Bestimmt gibt es
Kindertagespflegepersonen, die die persönlichen Ressourcen mit sich bringen, auch 5 Kindern eine fördernde und Sicherheit gebende Betreuung zu bieten. Doch das darf aber nicht Grundvoraussetzung für alle sein. Es sollte jeder Kindertagespflegeperson möglich sein, für sich selbst und im Sinne der ihr anvertrauten Kinder zu entscheiden, welche Gruppengröße möglich und förderlich ist, sodass das Wohl des Kindes stets im Hauptfokus ihrer Arbeit stehen kann. Das ist aber nur möglich, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass ihre materielle Existenz ab einer Betreuungsanzahl von drei Kindern gut abgesichert ist. Dann könnte jede Kindertagespflegeperson im eigenen Ermessen entscheiden, ob die Gruppe der Größe durch einen zusätzlichen Platz erweitert werden kann oder nicht, ohne den Druck ihrer eigenen Existenzgrundlage im Nacken zu haben.

Neben den prekären finanziellen Rahmenbedingungen kommt hinzu, dass Kindertagespflegepersonen nicht durch einen Träger geschützt werden. So kam es letztes Jahr zu Existenzängsten und vielen Diskussionen in Folge unerwarteter Steuernachzahlungen. Auch sollte im Zuge des „Guten-Kita-Gesetzes“ seit Anfang des Jahres unser Gehalt erhöht werden. Doch existieren bis heute keine näheren Angaben über die Gehaltserhöhung.

REVO: Wie hat sich euer Arbeitsalltag seit der Corona-Pandemie verändert?

Im Zuge der Pandemie haben wir noch einmal deutlich gemerkt, welchen gesellschaftlichen Stellenwert wir haben. Als die ersten Schul- und Kitaschließungen bekannt gegeben wurden, sollten wir noch weiterhin offen bleiben. Die offizielle Begründung war, dass das Ansteckungsrisiko ja relativ gering sei, da nur maximal 5 Kinder von einer Person betreut werden. Abgesehen davon, dass auch hier ein enormer Pool an Kontaktpersonen hinzu kommt, gibt es eben auch Großtagespflegestellen, in denen bis zu 10 Kindern von zwei Fachkräften betreut werden. Es wurde ein offener Brief an die Berliner Bildungssenatorin Scheeres verfasst, um die Forderungen nach Gesundheitsschutz zu kommunizieren und eine Schließung der Kindertagespflegestellen erreicht.

Bei vielen von uns herrscht jedoch weiterhin eine große Unsicherheit. Aufgrund der Selbstständigkeit ist unklar, in welchem Maße die Bezahlung in den nächsten Wochen und Monaten vom Senat gestaltet wird. Bis jetzt liegen noch keine Informationen dazu vor. Obwohl noch unklar ist, ob wir weiter Lohn erhalten, kam relativ schnell der Aufruf eine Notbetreuung anzubieten.

Dass es in diesen Zeiten ohne Solidarität und Notfalllösungen nicht geht, steht außer Frage. Aber einer Berufsgruppe, welche immer wieder zurück stecken

muss, nun noch einmal zu zeigen, dass sie als billige Leistungsbringer gesehen werden, ist einfach nicht haltbar. Die meisten der Kindertagespflegepersonen sind Frauen, deren Situation durch diesen Umgang noch weiter prekarisiert wird und auch der Anteil zur Risikogruppe gehörenden Fachkräfte ist nicht zu unterschätzen. Viele der Tagespflegepersonen machen ihren Job Tag für Tag, ärgern sich über einen geringen Lohn und machen trotzdem weiter – den Kindern zu Liebe! Jetzt werden sie nur dürftig mit Informationen zu ihrer eigenen Situation versorgt, sollen aber weiterhin das System mit am Laufen halten.

REVO: Hast du schon versucht etwas mit deinen Kolleg_Innen gegen diese schlimmen Bedingungen zu unternehmen?

Ich habe mich mit einigen dazu ausgetauscht und letztes Jahr waren wir bei Demonstrationen, um gegen die hohen Steuerrückzahlungen zu protestieren. Auch nutzen wir immer wieder offene Briefe, um unsere Anliegen auszudrücken. Aber zu diesen Aktionen kommt es meistens nur in akuten Fällen, die das Fass zum Überlaufen bringen. Gewerkschaftlich ist unsere Arbeitsgruppe, glaube ich, nicht so stark vertreten, da wir ja als Selbstständige zählen. Es gibt jedoch einige Vereine und Verbände, die versuchen die Arbeitsbedingungen generell zu verbessern und das Ansehen der Tagespflegepersonen zu stärken.

Azubis und junge Arbeiter_Innen

sind die ersten Opfer der Wirtschaftskrise.

Ronja Keller

Kenne deine Rechte!

Schon vorher hat es sich
abgezeichnet, seit dem dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es amtlich: die Wirtschaft in Deutschland gerät in eine massive Rezession: Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, Veranstaltungen wurden abgesagt. Für viele Arbeiter_Innen in Deutschland werden die Arbeitsplätze geschlossen, vielen wird Kurzarbeit angeordnet oder sie werden sogar entlassen, was hohe Einkommensverluste mit sich bringt. Die nächste Krise steht bevor und mit ihr Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte. Besonders treffen diese Angriffe uns Jugendliche und junge Menschen, denn wir sind die, die als Minijober_innen, Auszubildenden oder Werkstudierenden arbeiten und somit die ersten, denen gekündigt wird. Oft haben wir begrenzte Arbeitsverträge und sind meist auch noch nicht allzu lang in Unternehmen angestellt. Das macht es Unternehmer_Innen leichter, uns schneller zu entlassen. Diese Entlassungen und Einschränkungen in unseren Rechten lassen wir uns nicht so einfach bieten! Deshalb haben wir hier ein paar Tipps, wie du dich gegen solche Angriffe wehren kannst und welche Rechte du hast.

**Was ist eigentlich
Kurzarbeit?**

Bei Kurzarbeit werden die
Arbeitszeit sowie der Lohn heruntergesetzt oder komplett ausgesetzt. Das Arbeitsverhältnis bleibt aber erhalten. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird dabei vom Staat gezahlt und beträgt in der Regel 60 % des Vollzeitlohns. Ein Recht auf dieses Geld haben allerdings nur Erwerbstätige, die auch in die

Arbeitslosenversicherung einzahlen. Praktisch heißt das, dass Werkstudierende, Scheinselbstsständige, Honorarkräfte und Minijobber_innen in der Regel keine Kohle bekommen, denn mit einem 450 Euro Job zahlt man normalerweise keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung.

Was tun, wenn Kurzarbeit angeordnet wird?

Für sogenannte „Normal-Beschäftigte“ gilt, dass Arbeitgeber_Innen Kurzarbeit nicht einseitig anordnen dürfen. Der Betriebs- oder Personalrat muss zustimmen. Wenn es solche Räte nicht gibt, braucht es die Zustimmung der jeweiligen Arbeiter_Innen. Es kann aber auch sein, dass die Zustimmung bereits im Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Dann braucht es keine Zustimmung mehr. Wenn ihr einen Betriebsrat habt, sprecht ihn an, damit dieser nicht gegen euren Willen für euch Kurzarbeit einwilligt. Stimmt individuell der Kurzarbeit nicht zu! Dann kann zwar eine Änderungskündigung drohen, aber ihr seid vorerst für mindestens 4 Wochen finanziell abgesichert. So gewinnt ihr Zeit und könnt euch immer noch nach Alternativen umschauen. Generell gilt immer: Nichts unterschreiben ohne rechtlichen Rat!

Als Werkstudierende_r oder Minijobber_in solltet ihr vom Betriebsrat fordern, dass er für nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigte der Kurzarbeit nicht zustimmt. Denn dann besteht zunächst das Recht weiter beschäftigt und auch dementsprechend bezahlt zu werden. Solange Arbeitnehmer_Innen ihre Arbeitskraft anbieten, haben sie nämlich das Recht auf Beschäftigung und Bezahlung des Lohns, auch wenn der Arbeitgeber die Arbeitskraft nicht annimmt.

Was gilt für Auszubildende?

Normalerweise bekommen

Auszubildende kein Kurzarbeiter_Innengeld, denn der Ausbildungsbetrieb ist verpflichtet alles zu tun, um die Ausbildung weiterhin zu gewährleisten. Dabei darf der Betrieb den Ausbildungsplan umstrukturieren. Die Ausbildungsvergütung darf nicht gekürzt werden! Wenn der Betrieb keine Mittel mehr sieht, um die Ausbildung aufrecht zu erhalten, kann ein Ausfall der Ausbildung in Frage kommen. Diese Option ist aber das aller letzte Mittel. Wenn es so weit kommt, haben betroffene Auszubildende Anspruch auf Zahlung der vollen Ausbildungsvergütung für mindestens sechs Wochen. Nach Ablauf dieser sechs Wochen können sie ausnahmsweise auch Kurzarbeit beziehen.

Werden Auszubildende
nicht oder nur mangelhaft ausgebildet, besteht auch ein Anspruch auf Schadensersatz gegenüber dem Ausbildungsbetrieb. Ausgefallene Ausbildungsinhalte sollten deshalb unbedingt im Berichtsheft vermerkt werden! Außerdem kann die Ausbildungseignung des Betriebs entfallen, wenn dieser während einer anhaltenden Krise zum Erliegen kommt. Dann sind der Arbeitgeber, die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Arbeitsagentur verpflichtet, einen anderen Ausbildungsbetrieb zu suchen. Wenn der Betrieb schließt aber gleichzeitig die Ausbildungseignung nicht entfällt, dürfen in Ausnahmefällen Azubis nach Hause geschickt werden. Doch auch hier muss die Vergütung weitergezahlt werden. Zuhause bleiben darf man aus Angst vor dem Virus nicht. Aber der Betrieb ist zumindest verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um für die Gesundheit der Beschäftigten zu sorgen(Desinfektionsmittel, Masken, usw.).

Doch was ist, wenn die
Berufsschule geschlossen hat? Bietet deine Berufsschule online Unterricht an, muss sie oder der Ausbildungsbetrieb die Mittel dafür (Endgeräte, Programme, …) zur Verfügung stellen. Die Verschiebung oder den Ausfall von Prüfungen regelt die IHK. Normalerweise ändert sich dabei nichts an deinem Ausbildungsvertrag außer die Prüfung wird soweit verschoben, dass sie über den Zeitraum deines

Ausbildungsvertrages hinaus geht. Dann solltest du einen Antrag auf Verlängerung der Ausbildungszeit stellen.

Zur Übernahmegarantie
bleiben tarifvertragliche Regelungen weiter bestehen, wenn keine neuen Vereinbarungen im Betrieb getroffen wurden. Dazu ist es hilfreich sich beim Betriebsrat zu erkundigen!
Übernahmevereinbarungen, die in den letzten 6 Monaten vor Ende der Ausbildung geschlossen wurden, behalten ihre Wirksamkeit – auch wenn diese nur mündlich waren!

Darf mir Zwangsurlaub angeordnet werden?

Auszubildende können
nicht so einfach in Zwangsurlaub geschickt werden, denn Urlaub muss beantragt werden und darf nicht angeordnet werden. Das gleiche gilt für Abbau von Überstunden, soweit nichts anderes mit dem Betriebsrat vereinbart wurde.

Was tun, wenn mir Mehrarbeit verordnet wird?

Im Sozialschutzpaket zur
Abmilderung der Auswirkungen des Corona-Virus hat die Bundesregierung massive Einschnitte in die Arbeitszeitbeschränkungen von Arbeiter_Innen in sogenannten „systemrelevanten Jobs“ vorgenommen. Die tägliche und wöchentliche zulässige Arbeitszeit wird auf 12 und 60! Stunden angehoben, Ruhezeiten werden verkürzt und der Anspruch auf Ersatzruhetage von einem Zeitraum von 2 auf 8 Wochen verlängert.

Wenn dir diese Mehrarbeit
verordnet wird, wehre dich dagegen, sprich dich mit deinem Betriebsrat ab, wie ihr dagegen vorgehen könnt.

Wenn du unter 18 bist,

dann fällst du unter das Jugendarbeitsschutzgesetz. Diese Form der Mehrarbeit darf dir dann nicht verordnet werden. Arbeitgeber_Innen drohen hohe Geldstrafen bei Missachtung. Mach sie ruhig darauf aufmerksam, wenn sie dich zwingen wollen, länger zu machen.

Was tun, wenn die Kündigung kommt?

Generell gilt immer, dass die Kündigung schriftlich (nicht per Mail) sein muss. Außerhalb der Probezeit gilt eine Frist von mindestens 4 Wochen zum Monatsende oder zur Monatsmitte, in Probezeiten eine Frist von 2 Wochen. Wenn du in einem Betrieb mit mindestens 10 Vollzeitarbeitnehmer_Innen über 6 Monate beschäftigt bist, gilt das Kündigungsschutzgesetz. Das heißt, eine Kündigung muss begründet werden und es muss eine soziale Auswahl also eine Abwägung zwischen der Schutzbedürftigkeit verschiedener Arbeitnehmer_Innen erfolgen. Bei betriebsbedingten Kündigungen kann es einen Anspruch auf Abfindung geben, welcher sich an der Dauer der Beschäftigung orientiert.

Kann Corona ein Kündigungsgrund sein? Für eine Kündigung braucht es sachliche Gründe. Das Coronavirus ist aktuell kein Grund für eine Kündigung. Das Unternehmen darf nicht einfach so auf Vorrat kündigen, nur weil beispielsweise der Absatz sinkt. Bei einer Stilllegung des Betriebs ist eine betriebsbedingte Kündigung nur dann gerechtfertigt, wenn der_die Unternehmer_in nicht mehr in der Lage ist, die Produktion / Dienstleistung fortzusetzen (z.B. wegen Kündigung von Pachtverträgen oder Verkauf von Maschinen). Bei einer Infizierung mit dem Coronavirus ist eine Kündigung auf keinen Fall rechtens. Wenn man aber fürchtet, sich im Betrieb zu infizieren und deswegen von der Arbeit fernbleibt, riskiert man eine verhaltensbedingte Kündigung.

Falls es zu einer Kündigung kommt, heißt es, schnell reagieren und die Kündigung durch die Gewerkschaft oder einen Anwalt prüfen lassen! Wenn ihr

dagegen vorgehen wollt, müsst ihr innerhalb von 3 Wochen beim Arbeitsgericht die Klage einreichen.

**Wir müssen für
unsere Rechte kämpfen!**

Minijobber_Innen und
Werkstudierende haben keinen Anspruch auf Kurzarbeiter_Innengeld und können momentan gleich gekündigt werden. Prüfungen für Auszubildende werden verschoben oder fallen aus ohne jegliche Mitsprache von ihnen. Das Arbeitsrecht für Jugendliche ist eh schon unzureichend. Dennoch schrecken die Kapitalist_Innen nicht zurück, sie weiter zu beschneiden. Uns wird niemand was schenken, deshalb müssen wir unsere hart erkämpften Rechte verteidigen und ausweiten Wir dürfen uns nicht in die Rolle passiver Zuschauer_Innen drängen lassen, die nur zusehen, wie ihnen nach und nach Rechte beschnitten werden.

Deshalb müssen wir in
den bereits vorhandenen Gremien wie Jugend- und Auszubildendenvertretungen unsere Forderungen herantragen. Es wird zwar momentan davon abgeraten Jugend- und Auszubildendenversammlungen
durchzuführen und empfohlen, die Termine zu verschieben. Diese Versammlung ist allerdings ein wichtiges Gremium für die Vertretung aller Auszubildenden und sollte deshalb nicht einfach runtergefahren werden. Wenn die Versammlung nicht normal zusammenkommen kann, ist es immer noch möglich, sie online durchzuführen. In den Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollte demokratisch bestimmt werden, wie produziert wird und welche Maßnahmen in der Corona-Krise im Betrieb für alle Auszubildenden und junge Beschäftigte getroffen werden sollen.

Da wir als Jugendliche
allein nicht genügend Einfluss haben, um über die ganze Produktion zu bestimmen, müssen wir auch gemeinsam eine Verbindung zur

Arbeiter_Innenklasse schaffen und gemeinsam gegen die Angriffe der Kapitalist_Innen kämpfen und zwar durch Organisation und Massenstreiks. Die Gewerkschaftsführungen haben aktuell nur „Burgfriedenspolitik“ und den nationalen Schulterschluss mit den Kapitalist_Innen anzubieten und brauchen Druck aus der Basis (Revo berichtete: http://onesolutionrevolution.de/linke-politik-in-der-pandemie-teil-1%ef%bb%bf/)
Denn wenn wir sicherstellen wollen, dass Millionen keinen Lohn- und Einkommensverlust erleiden, dann werden wir kämpfen müssen. Wir brauchen Organisierung und gemeinsame Streiks zur Verteidigung unserer Interessen. Wir benötigen Kampforgane wie Aktionskomitees und Organe der Arbeiter_Innenkontrolle, die demokratisch legitimiert und ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind. Wir müssen den Gewerkschaften Druck machen, sich für einen betriebsübergreifenden Arbeitskampf und politische Streiks einzusetzen.

Unsere Forderungen für jugendliche Lohnabhängige

- Lohnfortzahlung
  für alle Beschäftigten und zwar aus den Profiten der Unternehmen statt Kurzarbeiter_Innengeld
- Entlassungsverbote
  und Übernahmegarantie für alle Auszubildenden
- Keine Aussetzung der
  Arbeiter_Innenrechte durch Erlasse und Selbstermächtigung von Unternehmen durch Anordnung von Mehrarbeit, Home-Office, Wochenendarbeit, Versetzung und Zwangsurlaub
- Stattdessen mehr
  Kontrollausschüsse in den Unternehmen
- Aussetzung aller
  Miet- und Kreditzahlungen für alle Auszubildenden, Studierenden und
  sonstige Lohnabhängige.

- Verteidigung des
  Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht
- Für das Recht auf
  politische Streiks,
- Für die
  Organisierung von flächendeckenden Streiks gegen die aktuellen Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen
- Demokratische
  Abstimmung der Auszubildenden in Auszubildendenvertretungen über
  den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung und Verschiebungen von Prüfungen

---

Die Rote Armee – Befreiungsarmee gegen den Faschismus

Wilhelm Schulz

Am 9. Mai jährt sich zum 75. Mal der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus. Die Rote Armee stellte hierbei eine besondere, gar die bedeutendste Kraft in der Befreiung vom Faschismus dar. Sie kämpfte an der sogenannten Ostfront fast vier Jahre lang. Hier wurden der Wehrmacht die stärksten Verluste zugefügt, die Sowjetunion hatte mit rund 25 Millionen Toten die größten Opferzahlen des Krieges zu beklagen, ein Großteil waren zivile Verluste.

Heute werden die
Leistungen der Roten Armee zumeist gegenüber denen der

Westalliierten heruntergespielt oder „vergessen“, deswegen werden wir hier auf diese Leistungen eingehen und damit verbunden die Sowjetunion als eine außerordentliche Kriegspartei beleuchten.

Die Rote Armee

Sie wurde am 28.
Januar 1918 gegründet, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen die die kapitalistische Weiße Armee zu verteidigen. In der Eidesformel verpflichtete sie sich der internationalen sozialistischen Revolution. Die Rote Armee war keine bürgerliche Armee. Die innere Hierarchie wurde auf das Nötigste begrenzt, z.B. gab es keine Unterschiede in den Uniformen. Die Rotarmist_Innen konnten ihre Vertreter_Innen wählen und es gab demokratische Kongresse, dies wurde jedoch bereits Anfang der Zwanziger aufgrund des schweren Krieges gegen die Weiße Armee ausgesetzt. Bis 1925 war Leo Trotzki der Volkskommissar für Kriegswesen. Zu Zeiten des Bürger_Innenkriegs gab es auch weibliche Kommissarinnen, ein bekanntes Beispiel ist Larissa Reissner.

Doch mit dem Sieg der
Konterrevolution durch Stalins Bürokratie in der Kommunistischen Internationalen (KomIntern) und der Sowjetunion (SU), wurden diese Errungenschaften angegriffen. Die Rangzeichen wurden wieder eingeführt. Die Eidesformel wurde so verändert, dass fortan auf das Vaterland statt auf die internationale Befreiung der Arbeiter_Innen geschworen wurde. Im Rahmen von
Stalins Säuberungen (u.a. Moskauer Prozesse) wurden knapp ein Viertel der Offiziere bis zur untersten Ebene abgesetzt oder ermordet, was für die Rote Armee eine deutliche Schwächung im Kampf gegen den Faschismus bedeutete.

Die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg

In
der Zeit von 1928 bis ’33 lehnte die bürokratisierte KomIntern jede

Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie ab und verleumdete die SPD als „Zwillingsgesicht des Faschismus“. Die Folge war eine Isolation der Kommunist_Innen und der Sieg Hitlers über die deutsche Arbeiter_Innenbewegung.

Anstatt daraus eine korrekte Einheitsfrontpolitik als Lehre zu ziehen, arbeite die KomIntern nach 1933 nicht nur mit der Sozialdemokratie zusammen, sondern auch mit angeblich progressiven Teilen der Bourgeoisie – ohne offenen politischen Kampf zu führen. Auch das führte zu Niederlagen wie z.B. in Spanien 1939 gegen den Franco-Faschismus.

Am 24. August 1939 unterzeichnete die SU den Ribbentrop-Molotow-Nichtangriffspakt, auch bekannt als Hitler-Stalin-Pakt. Dieser verschaffte der SU zwar Zeit bis zu ihrem wirklichen Kriegseintritt, jedoch auf Kosten der Niederschlagung weiter Teile Osteuropas, darunter die Aufteilung Polens zwischen der SU und Nazi-Deutschland. Das NS-Regime überfiel am 22. Juni 1941 die SU und beendete somit den Pakt. Zwei Tage später propagierte die Prawda (sowjetische Tageszeitung) den „heiligen Krieg“ – später: „Großer vaterländischer Krieg“ – gegen das „faschistische Böse“. Die Losung der sozialistischen Revolution gegen den Faschismus wurde nicht aufgeworfen. Hingegen wurde in der faschistischen Propaganda der Krieg in Osteuropa als „Rassenkrieg“ dargestellt.

Bis zum Sieg der Roten Armee in Stalingrad im Februar 1943 befand sich die SU weitgehend in der Defensive, sodass die Wehrmacht kurz vor Moskau stand. Mit dem heldenhaften Sieg in Stalingrad wendete sich das Blatt und die Wehrmacht konnte über die kommenden Jahre bis nach Berlin zurückgedrängt werden. Hier ist auch die Bedeutung der Partisan_InnenkämpferInnen hervorzuheben, die in den vom deutschen Faschismus besetzten Gebieten im Widerstand standen und dabei oftmals ganze Divisionen banden.

Die
gigantischen Potentiale der Planwirtschaft, selbst in ihrer bürokratischen Abart, zeigte die kurzfristige Reorganisation der Produktion beim Ausbruch des zweiten Weltkriegs. Nicht nur die Produktion wurde schnell auf Kriegsmaschinerie umgerüstet, sondern auch 1.300 Betriebe innerhalb weniger Jahre weg von der drohenden Front in den Osten des Landes verlagert.

Am
8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht bedingungslos gegenüber den Westmächten und dann am 9. Mai gegenüber der Sowjetunion. Der imperialistische Vernichtungskrieg kostete 60 Millionen Menschen das Leben. In seinem Schatten fand die verbrecherische industrielle Massenvernichtung politischer Gegner_Innen und vor allem von Jüd_Innen in der Shoa statt.

KASTEN: Die Rote Armee und die Frauen

Etwa 800.000 Frauen kämpften in der Roten Armee, ob im Heer, in der Luft, zur See oder im Innendienst. Ab 1941 begann die Anwerbung von Frauen, die bis dato die „traditionellen Männerberufe“ an der „Heimatfront“ übernehmen sollten, zuerst nur in Zuarbeit als Funkerinnen oder Sanitäterinnen, wurde ab ’42 die Ausbildung ausgeweitet. Die Möglichkeit für Frauen für einen, wenn auch degenerierten, Arbeiter_Innenstaat zu kämpfen, ist eine Errungenschaft, die keine andere Armee in dieser Form freiwillig einführte. Es gab aber auch negative Seiten. So mussten sich Frauen vor allem gegenüber den männlichen Rotarmisten und deren Vorurteilen durchsetzen. Viele gingen aus Angst vor Vergewaltigungen und Übergriffen ‚Liebesbeziehungen‘ ein. So stellte die Menstruation als auch ihr Ausbleiben im Gefecht eine hohe Gefahr für die Soldatinnen dar. Nach dem Krieg hielten viele ihre Vergangenheit geheim, um weiterhin als heiratsfähig, somit weiblich, zu gelten. Ausführlicher hierzu, aber auch zu Heldinnentaten, können wir „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“ von Swetlana Alexijewitsch empfehlen.

Die Rote Armee gegenüber zivilen Frauen

Es wird geschätzt, dass zwei Millionen Frauen und Mädchen im Zuge der Felderoberungen der Roten Armee Vergewaltigungen zum Opfer gefallen sind. Dies ist ein abscheuliches Verbrechen und zeigt die Verrohung der Roten Armee im Krieg, doch im Nachhinein wurde dies oft als antikommunistisches Argument benutzt, indem es verzehrt dargestellt wird, denn die Gewalttaten der Faschisten und des gesamten imperialistischen Krieges waren unbeschreiblich und haben erst zu dieser Verrohung beigetragen.

Der Umgang unter den Rotarmisten mit Frauen ist ein Beispiel für den Bruch mit der alten Eidesformel des Rates der Volkskommissare, hier hieß es u. a. „Ich verpflichte mich, mich selbst und die Genossen von Handlungen abzuhalten, die die Würde eines Bürgers der Sowjetrepublik herabsetzen, und mein ganzes Tun und Denken auf das große Ziel der Befreiung aller Arbeitenden zu richten.“

Rote Armee eine besondere Kraft

Die
Sowjetunion war keine Kriegspartei wie die anderen kapitalistischen Staaten. Die Politik der anderen Alliierten bestätigt das: Neben dem Sieg über den Faschismus (der in erster Linie eine wild gewordene imperialistische Konkurrenz darstellte) war auch die Schwächung der Sowjetunion ihr Ziel. Die SU war zu dieser Zeit ein sogenannter degenerierter Arbeiter_Innenstaat: Die Fabriken und Ländereien waren zwar verstaatlicht und die Bourgeoisie entmachtet, jedoch lag die Kontrolle über die Produktionsmittel nicht in den demokratischen Händen der Arbeiter_Innen, sondern in denen einer Bürokratie. Diese verfolgte ihre eigenen privilegierten Interessen und wurde so zu einem Hindernis in der internationalen Revolution. Vielmehr ging es der Bürokratie um einen Kompromiss mit dem Imperialismus – der Hitler-Stalin-Pakt, aber auch die Zusammenarbeit mit den Alliierten zeigen das. Dies bedeutete einen Verrat an der Losung Lenins der *„Umwandlung des
gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg [, als] […]
die einzig richtige proletarische Losung.“*
Wir kritisieren dabei nicht die taktisch-militärischen Absprachen, sondern die politische Dimension dieses Paktes. Letztlich schloss die Bürokratie ihren Frieden mit dem Kapitalismus auf Weltebene.

Im
Februar 1946 wurde die Rote Armee in Sowjetarmee umbenannt, was den falschen Frieden der Sowjetunion mit dem kapitalistischen Ausland unterstreicht. Leo Trotzki analysierte in seinem Werk „Die verratene Revolution“ von 1936 die Sowjetunion als einen degenerierten Arbeiter_Innenstaat, in der die Bürokratie der Arbeiter_Innenklasse die politische Macht entrissen hat. Die SU verharrte in einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus und in nationaler Isolation. Dieser Zustand musste entweder zum Sturz der Bürokratie durch eine politische Revolution

mit Wiedereinführung einer Arbeiter_Innendemokratie und zur Internationalisierung der Revolution führen oder zur konterrevolutionären Restauration des Kapitalismus – die 1989 eintrat.

Trotzdem
war die Sowjetunion mit dem vergesellschafteten Eigentum eine historische Errungenschaft, die es auch für Internationalist_Innen und Gegner_Innen Stalins zu verteidigen galt. Deshalb war auch der Kriegseintritt berechtigt und notwendig. Er führte zur Zerschlagung des Faschismus als Rammbock gegen die Arbeiter_Innenbewegung, beendete den Völkermord und erhielt zeitweilig die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Deshalb sagen wir, damals, wie heute: Dank euch ihr Sowjetsoldat_Innen!

Corona ist nicht die Heilung der Natur!

Yuna Hibbelig

,,Humans are the virus, corona is the cure.” (deutsch: Menschen sind das Virus, Corona ist die Heilung) Sprüche wie diese sind innerhalb der Umweltbewegung auf social media-Kanälen und online häufig vertreten – doch so eine Position finden wir ziemlich fascho. Warum? Weil es die Begründung enthält, dass es bestimmte Menschen verdient hätten, an Covid-19 zu sterben, während andere dann eine menschenleerere und angeblich ökologischere Erde genießen könnten. In dieser Aussage steckt also, dass das Leben einiger Menschen nicht so viel wert ist, wie das Leben anderer. Zum Beispiel Älterer und Risikogruppen sowie Menschen aus Ländern mit schlechteren Gesundheitssystemen bis hin zu Geflüchteten, die wie zum Beispiel in dem Geflüchtetencamp Moria auf der griechischen Insel

Lesbos, auf engstem Raum ausharren müssen. Diese Menschen sollen also sterben, um die Erde zu heilen.

Es wird dabei
außerdem unsichtbar gemacht, wie und warum gerade diese Menschen in Lebenssituationen gedrängt wurden, in denen sie besonders von der Pandemie betroffen sind. So wurde das Gesundheitssystem in Deutschland jahrzehntelang heruntergespart, sodass nun nicht mehr genügend Intensivbetten, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte für alle Erkrankten da sind. In anderen Ländern hat Deutschland fleißig mitgeholfen, Spardiktate zu verhängen, sodass diese auch dazu gezwungen wurden, ihre Gesundheitssysteme abzubauen und zu privatisieren. Deutschland hat sie zusammen mit der Troika oder dem IWF mit Krediten erpresst und so selber viel Geld verdient. Menschen in ärmeren Regionen werden durch die Ausbeutung ihrer Heimatländer dazu gezwungen, auf weitaus engerem Raum zu leben und haben häufig keinen Zugang zu fließendem und sauberem Wasser, um sich an die Hygienevorschriften zu halten. Versuchen sie vor diesen Lebensbedingungen zu fliehen, werden sie an den europäischen Außengrenzen zu Tausenden in Lager gesteckt und angesichts der drohenden Pandemie ihrem Schicksal überlassen. Auch sind Menschen in sogenannten „systemrelevanten“ Berufen stärker gefährdet, als Menschen, die von zu Hause aus arbeiten können. Gleichzeitig sind diese Berufe (wie z.B. Reinigungskraft oder Einzelhandel) oft die, die von Frauen gemacht und schlechter bezahlt werden. Werden Menschen in Ländern mit schlechterer medizinischer Versorgung oder mit weniger finanziellen Mitteln zur Verfügung krank, sind ihre Chancen darauf gesund zu werden weitaus geringer. Vor Allem in Ländern ohne Krankenkassenvorsorge, wo die Menschen privat für ihre Behandlung aufkommen müssen, wie den USA, sieht man dies besonders deutlich. Dementsprechend sind nicht alle Menschen gleichmäßig von dem Coronavirus betroffen, sondern die, die am meisten unter Unterdrückung und Ausbeutung leiden. Und nun wird von diesen wird nun auch noch verlangt zu sterben, damit sich der Rest ein geiles Leben im Grünen machen kann.

Die vermeintliche „Überbevölkerung“

Die Rede von der Überbevölkerung der Welt ist nichts Neues, sondern wurde schon immer von Rechten und Herrschenden als Rechtfertigung genutzt. Die Idee von der „Überbevölkerung“ kam auf, als sich der Kapitalismus in Europa ausgebreitet hat und immer mehr Menschen der Arbeiter_Innenklasse an Überausbeutung und Verelendung starben. Die Herrschenden erklärten einfach, dass sowieso zu viele Menschen auf der Welt leben würden und es deshalb schon ok wäre, wenn einige davon wegsterben. Stattdessen waren die Arbeiter_Innen ja nur so arm, weil die Kapitalist_Innen sich alle Profite in die eigenen Taschen steckten. Da sich die Arbeiter_Innenklasse jedoch durch viele Kämpfe einen gewissen Status erobern konnte, mussten die Herrschenden ihre Theorie ein wenig umformulieren. Aktuellere Übervölkerungstheorien besagen nun, dass wir weiterhin zu viele Menschen auf der Erde sind, und deshalb einige sterben müssen, um wieder genügend Platz oder Ressourcen wie Nahrungsmittel zu haben. Wenn sich gefragt wird, wer sterben soll, wird heute vor allem auf die ärmeren Länder geschaut, in welchen tatsächlich mehr Menschen auf engerem Raum leben. Das liegt aber nicht unbedingt an der Menge der Menschen, sondern wie die Ressourcen auf unserem Planeten aufgeteilt sind. Es gibt also eine ungleichmäßige Aufteilung an Ressourcen wie Nahrungsmitteln, keinen Mangel an diesen.

Zudem ist dieses Denken zum einen ist zutiefst sexistisch, da Frauen in Ländern mit einer höheren Bevölkerungszahl vorgeworfen wird, sie sollen weniger Kinder bekommen, da sie ja sonst Schuld an der Übervölkerung trügen. Zum anderen lässt es den Gedanken vollkommen aus, dass manche Menschen viele Kinder benötigen um in einer kapitalistischen Gesellschaft, in welcher sie die Benachteiligten sind, zu überleben. Warum sollen die Menschen in den Ländern mit höheren Geburtsraten, welche am meisten von Globalisierung und Ausbeutung betroffen sind, wegen einer vermeintlichen „Übervölkerung“ auf gewisse

Vorteile, die andere Länder schon haben, verzichten und Opfer bringen müssen, um unter Anderem gegen die Klimakrise und Ressourcenknappheit vorzugehen.

Die Umweltbewegung braucht einen Klassenstandpunkt!

Doch wie konnte sich so eine rassistische und sexistische Kackscheiße gerade in der Umweltbewegung ausbreiten, die doch eigentlich für eine gute Sache kämpft? Paradoxerweise gab schon immer eine Offenheit in der Rechten für ökologische Positionen. Ihnen geht es jedoch dabei nicht um die Erhaltung des Planten und Klimagerechtigkeit, sondern um die Erhaltung ihres „Volkes“. Ihre obskuren Abstammungstheorien erklären sie damit, dass jedes „Volk“ mit seinem Land „verwurzelt“ sei. Im Nationalsozialismus wurde das die „Blut-und-Boden-Ideologie“ genannt. Doch das ist einfach nur faschistische Propaganda. Im Nationalsozialismus wurde sich praktisch kaum um die Natur gekümmert. Auch in bürgerlich-konservativen Kreisen entstand ein Wunsch nach verbessertem Umgang mit der Natur, damit man den Wochenendausflug am Meer so richtig schön genießen kann. Doch den muss sich erst einmal leisten können.

Fridays for Future, Extinction Rebellion oder Ende Gelände sind alles coole Bewegungen, die viel auf die Beine stellen. Jedoch werden sie entweder von NGOs oder Einzelpersonen angeführt, die keinen Klassenstandpunkt haben. Das heißt, dass sie sich nicht auf die Arbeiter_Innenklasse beziehen und nicht die Überwindung des gesamten Kapitalismus anstreben. Das wird dann wiederum zum Einfallstor für rechte Ideologien wie die Überbevölkerungstheorie, wie sie zuletzt in einzelnen XR-Ablegern aufgetaucht ist.

Kapitalismus ist das Problem – nicht der Mensch

Für uns als REVOLUTION ist eins klar: Der Grund für Umweltzerstörung und

Klimaerwärmung ist nicht die Menschheit oder unser Wesen an sich, sondern der Kapitalismus und dessen Ausbeutung der Menschen und des Planeten. Der Kapitalismus ist also das Problem – nicht der Mensch an sich. Doch die Überbevölkerungstheorie geht davon aus, dass alle gleichwertig an der Klimakrise Schuld hätten. Natürlich ist das falsch, denn die Schäden an unserem Klima werden vor Allem durch die kapitalistische Produktionsweise und deren ständigen Kampf um Profitwachstum gefördert. Außerdem geht sie davon aus, dass der Mensch kein Teil der Natur wäre, was falsch ist. Der Mensch stammt von Tieren ab und kann wie alle Lebewesen auf diesem Planten nur durch die Wechselwirkung mit der Natur überleben. Da er eigentlich ziemlich schwach ist, muss er das, mit anderen Menschen zusammen, tun. Die Bearbeitung der Natur ist also eine natürliche Aufgabe des Menschen, um zu überleben. Wie das jedoch genau passiert ist eine politische Frage, die damit zusammenhängt, wie der Mensch, die Gesellschaft, in der er lebt, organisiert. Aktuell sehen wir da nur 2 Optionen: Sozialismus oder Barbarei.

Barbarei
bedeutet, dass der Entwicklungsstand der Produktivkräfte auf ein Niveau unter dem Kapitalismus zurückfällt. Konkrete Szenarien oder Beispiele dafür wären Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels, ein Welt-/Atomkrieg oder eben eine Pandemie (die auch Folge des Klimawandels sein kann). Eine Welt in solchen Szenarien hängt oft zusammen mit Hungersnot und grundsätzlich verschlechterten Umständen. Eindeutig keine coole Option.

Stattdessen
lohnt es sich, für eine sozialistische Revolution zu kämpfen und die kapitalistischen Widersprüche *positiv aufzuheben,* indem man die Gesellschaft an den Bedürfnissen des Proletariats und dementsprechend an den Bedürfnissen der Menschheit (und damit auch den Bedürfnissen der Natur, denn eine intakte Natur ist ein menschliches Bedürfnis) ausrichtet. Stattdessen für Corona und eine Dezimierung der Menschheit einzutreten ist nur eine reaktionäre

Verschiebung des Problems und keine gute, langfristige Lösung.

Linke Politik in der Pandemie?! (TEIL 1)

Florian Hiller

In
einem anderen Artikel haben wir bereits die Gefahren analysiert, wie rechte Parteien und faschistische Strukturen die Corona-Krise für sich nutzen könnten. Pünktlich zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter_Innenklasse, startet nun unsere Artikelreihe zum Thema linke Politik in Zeiten von Corona. In 3 Teilen wollen wir untersuchen, welche Fragen sich welche Teile der Linken stellen, was sie fordern und wie sie ihre Forderungen umsetzen. Los geht es heute mit dem 1. Teil zum Thema Gewerkschaftspolitik.

**Was
macht die Klasse?**

Die
Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland sind noch nicht ganz zu erfassen. Die aktuellste Erhebung der Arbeitslosenzahl geht auf den 12. März zurück, also bevor in Deutschland das Corona-Virus so stark ausbrach. Fest steht allerdings bereits, welche Maßnahmen ergriffen werden: Die Bundesregierung setzt, wie schon bei der Finanzkrise ab 2008/2009, auf Kurzarbeit. Das bedeutet, dass der_die Arbeiter_In nur noch maximal 67% ihres Gehalts bekommt, nach einer neuen Regelung erhöht sich der Prozentsatz aber nach 4 Monaten auf 77 % und nach 7 Monaten auf 80% . Zum 14. April haben bereits 725.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Das sind jetzt schon 30 mal so viel

wie 2009. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass es im Verlauf dieses Jahres auch zu Massenentlassungen kommen kann. Wer sich davon ein Bild machen möchte, schaue auf die Zahlen der USA. Dort haben innerhalb von einem Monat mehr als 26 Millionen Menschen ihren Job verloren. Das sollte uns aber nicht zu dem Gedanken verleiten lassen, in Deutschland würde, anders als in den USA, im Sinne der Arbeiter_Innenklasse gehandelt werden. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird ebenso wie die Finanzhilfe für klamme Unternehmen über Arbeitslosenversicherung bzw. Steuern finanziert – die Kosten also überwiegend auf die ArbeiterInnenklasse und Mittelschichten abgewälzt.
Während viele Arbeiter_Innen aufgrund von Lohneinbußen um ihre Existenz bangen, lockerte die Bundesregierung das Arbeitsschutzgesetz damit Unternehmen ihre Arbeiter_Innen länger zur Arbeit zwingen können. Dabei soll nicht nur die Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche angehoben werden, sondern gleichzeitig die Ruhezeit von 11 auf 9 Stunden verkürzt werden. Besonders unterdrückte Teile unserer Klasse wie Frauen, Migrant_Innen, LGBTIA und Jugendliche sind noch zusätzlich von den Folgen betroffen. So sind wir häufig die ersten die entlassen oder in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden. Auch müssen wir die aktuell besonders sichtbaren akuten Mängel im Gesundheitssystem als Angriffe auf unsere Klasse verstehen, da dieses über Jahrzehnte hinweg zu Spottpreisen an private Investor_Innen verkauft wurde. Ebenso trägt die Tatsache, dass beispielsweise Schulen wieder eröffnet werden sollen aber das Demonstrationsrecht weiter eingeschränkt bleibt, einen klaren Klassencharakter, da uns hier Rechte genommen werden, die sich die Arbeiter_Innenklasse lange erkämpfen musste, während gleichzeitig Unternehmensprofite über unsere Gesundheit gestellt werden.

Sozialpartnerschaft,
Standortnationalismus und rassistische Ausgrenzung

Damit

sind nur die schärfsten Angriffe auf die Arbeiter_Innenklasse genannt. Angesichts der Situation müssten doch diejenigen, die die Arbeiter_Innenklasse vertreten wollen, laut aufschreien –

angefangen
mit den Gewerkschaften. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) verkündetet bereits Mitte März: „Die
Sozialpartner stellen gemeinsame Verantwortung in der Coronakrise über Differenzen“. Diese Aussage klingt erst einmal ganz nett aber zeigt bei genauerem Hinschauen sein wahres Gesicht: Im Klartext bedeutet das nämlich, dass sich die Gewerkschaften (als einer von 2 Sozialpartnern) nicht gegen die geplanten Angriffe der Unternehmen (dem anderen Sozialpartner) wehren werden und alles hinnehmen, solange es nur dem ach so tollen Wirtschaftsstandort Deutschland nutzt. Ganz in diesem Sinne wirkt die Internetseite des DGB eher wie ein Informationsportal, das die kommenden Einschnitte für Arbeiter_Innen erklärt, aber nicht wie ein Sprachrohr für eine kämpferische Arbeiter_Innenklasse. Sozialpartnerschaft bedeutet also, dass die „Arbeitnehmer_Innen“ gemeinsam mit den „Arbeitgeber_Innen“ als Sozialpartner kooperativ Entscheidungen treffen. Was als Stütze einer sozialen Politik verkauft wird, führt letztendlich vor allem dazu, dass die Klassengegensätze verschleiert werden. Die einen entlassen, um Kosten einzusparen, die anderen lassen es mit sich machen. Unterdrücker_In und Unterdrückten wird ein gemeinsames Interesse zugeschrieben, so auch jetzt, wenn davon gesprochen wird, dass wir vor Corona alle gleicht wären und wir gemeinsam (gemeinsam endet dabei auch an den Nationalstaatsgrenzen) durch diese Krise gehen müssen. Diese Politik wird auch als „Burgfriedenpolitik“ bezeichnet. Der Begriff entstand im 1. Weltkrieg, als die Regierung die Bevölkerung davon überzeugen wollte, dass Sie in den Krieg ziehen müsste, um das „Vaterland“ zu verteidigen. Bis auf den linken Teil um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, schloss sich die SPD damals dieser nationalistischen Politik an und sprach auch damals von einem „gemeinsamen Interesse“, das vor die Differenzen gestellt werden muss.

Belege
dafür, dass es aktuell vor allem um die Interessen der Unternehmen geht, gibt es genug (wie bereits im ersten Teil beschrieben): Kurzarbeiter_Innengeld, 12-Stunden-Tag, aber auch viele andere Probleme, die damit einhergehen, wie zum Beispiel die Frage wie Geringverdiener_Innen ihre Miete in Zukunft zahlen sollen.
Die
IG Metall feiert sich derweil, dass sie die Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes mit ausgehandelt hat. Wie mit dem Loch in der Arbeitslosenversicherung, das dadurch entsteht, umgegangen werden soll, wird dabei jedoch nicht geäußert.
Aber nicht nur, dass
die Gewerkschaften ungenügend auf die Angriffe durch die „Corona-Maßnahmen“ reagieren, werden auch andere Kämpfe, die schon vor Corona liefen, ausgesetzt. In der Automobilbranche sind nämlich schon seit letztem Jahr Arbeitsplätze bedroht. Darüber sollte auch in der aktuellen Tarifrunde gesprochen werden, diese wurden jetzt aber abgesagt.
Die Niederlegung von Streiks und
Tarifverhandlungen trifft auch andere Branchen, wie zum Beispiel die Arbeiter_Innen aus der Ernährungsindustrie in Sachsen, die zuletzt Aufmerksamkeit erregten, weil sie zum ersten Mal seit der Wende streikten, um für einen gleichen Lohn für die Beschäftigten im Osten zu kämpfen. In Betrieben im Westen verdienen Menschen für die gleiche Arbeit bis zu 760€ mehr im Monat. Alle Arbeitskämpfe wurden nun abgesagt.
Auch abgesagt wurden alle Veranstaltungen
vom DGB zum 1. Mai. Was auf den ersten Blick als Aufgabe des wichtigsten Kampftages der Arbeiter_Innenklasse erscheint, ist letztendlich nur konsequent. Von Klassenpolitik haben sich die Gewerkschaften, aber auch SPD und die Linke sowieso schon lange verabschiedet. Bierzeltpartys müssen nun wirklich nicht sein in der aktuellen Situation. Für alle anderen, die diesen Tag nutzen wollen, um für die Arbeiter_Innenklasse zu kämpfen, ist dies natürlich eine traurige Entscheidung.

Klassenkampf
ist möglich!

Dass
es auch anders gehen kann zeigen Beispiele in Italien. Nachdem die Regierung verkündete, dass alle Firmen schließen sollen, die nicht „systemrelevant“ seien, kam es in einigen Fabriken zum Streik. Denn das Label „systemrelevant“ wurde hier sehr großzügig im Interesse der Kapitalist_Innen verliehen, sodass ArbeiterInnen aus der Metall- und Chemieindustrie zum Streik aufriefen, unterstützt von den Gewerkschaften.
Auch in Spanien kam es zu ähnlichen
Situationen. Dort legten 5000 Arbeiter_Innen eines Mercedes-Werks die Arbeit nieder, um die Schließung zu erzwingen. Währenddessen riefen auch Mieter_Innengewerkschaften zum Streik gegen fehlende Notmaßnahmen der sozialdemokratischen Regierung auf.
Das zeigt
auch, dass Hoffnungen auf anhaltende Verbesserungen durch Reformen von Sozialdemokrat_Innen und Linkspopulist_Innen vergeblich sind, da sie letztendlich der Profitlogik eines globalisierten Kapitalismus nicht entkommen können.

Für
einen konsequenten Internationalismus!

Was
all den linken Kräften besonders fehlt ist ein internationalistischer Standpunkt. Wenn nun viel von „wachsender Solidarität“ gesprochen wird, z.B wenn alle Parteien gemeinsam hinter dem Corona-Paket stehen, wird oft vergessen, dass eine wachsende Solidarität innerhalb eines Nationalstaats auch schnell mit wachsender Ausgrenzung gegenüber Nicht-Staatsbürgern einhergeht. Der Begriff der „Burgfriedenpolitik“ entstand ja auch während des Weltkrieges, dort war auch eine wachsende Solidarität innerhalb Deutschlands zu beobachten. Ein Zusammenhalten gegen den äußeren Feind. Auch bei der Bekämpfung von Corona passiert genau

das: Grenzen werden geschlossen, jeder Staat probiert für sich bestmöglich die gesundheitlichen Folgen der Bevölkerung, aber vor allem die wirtschaftlichen Folgen für die nationale Bourgeoisie, abzuwehren. Daran droht aktuell auch das Projekt der Europäischen Union weiter zu zerfallen. Dazu kommt die verheerende Situation in den Geflüchtetenlagern in Griechenland. Noch vor der Corona-Pandemie war dies ein großes Thema. Obwohl es gerade jetzt noch deutlich wichtiger geworden ist, die Camps zu evakuieren, wird das Thema kaum von den Gewerkschaften angesprochen. Klassenkämpferische Politik sollte sich aber auch nicht nur auf Europa beschränken, sondern auch die weltweiten Folgen der Pandemie analysieren. Auch wenn der befürchtete schwere Ausbruch in den meisten halbkolonialen Ländern bisher ausgeblieben ist, heißt das nicht, dass sie die Pandemie nicht trotzdem hart treffen wird. Krisen treffen im Kapitalismus immer die wirtschaftlich schwachen, das gilt nicht nur innerhalb eines Staates, sondern auch weltweit. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden deshalb besonders halbkoloniale Länder treffen und zu einem starken Anstieg von an Hunger leidenden Menschen führen. Hierzu braucht es eine internationale Vernetzung der Gewerkschaftsbewegung und gemeinsame Forderungen!

Konzerne
Enteignen und unter ArbeiterInnenkontrolle!

Wenn
Linken-Vorsitzende Katja Kipping vom „sozialen Fortschritt“ durch das „Corona-Paket“ spricht, dann meint sie vielleicht auch die wachsende Möglichkeit Firmen, die jetzt in Probleme geraten, zu verstaatlichen. In Anbetracht der starken Privatisierungen der letzten Jahre, die uns ja gerade die Probleme im Gesundheitssystem gebracht haben, kann wirklich von Potentialen für einen „sozialen Fortschritt“ gesprochen werden. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass das nicht bedeutet, dass sich das verstaatlichte Unternehmen komplett der Profitlogik des Kapitalismus entziehen kann. Der Staat kann das

Kapitalismus-Game genauso gut spielen wie ein privater Konzern. Außerdem kann es nach der Corona-Krise
auch schnell wieder zu einer Welle von Privatisierungen kommen „um die Wirtschaft zu stärken“. Den Kapitalist_Innen wird dann eigentlich nur geholfen durch die Krise zu kommen, um ihnen anschließend wieder zum Profit zu helfen. Deshalb muss die Verstaatlichung auch immer mit der Frage der Arbeiter_Innenkontrolle verbunden werden. Zum Einen, damit die Arbeiter_Innen gemeinsam die Vergesellschaftung verteidigen können. Zum Anderen können sie sich so organisieren, um letztendlich wirklich eine Produktion für die Bedürfnisse aller Menschen und nicht nur zum Profit einer Minderheit zu erkämpfen. Um das zu erreichen, müssen sich die kontrollierten Firmen untereinander vernetzen, um die Revolution im ganzen Staat und letztlich international auszuweiten. Dazu braucht es eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die, gemeinsam mit einer revolutionären Partei, den Kampf gegen das Kapital organisiert.

Massenentlassungen von Studierenden – Wie können wir uns dagegen wehren?

Peter Böttcher

Die Corona-Pandemie
zeigt wie kaum ein anderes Beispiel, dass die kapitalistische Produktionsweise für gesellschaftliche Krisen besonders anfällig ist. Die als Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus beschlossenen Lockdowns führen überall auf der Welt zum Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität und damit zu massiv fallenden

Aktienkursen. Die Profitverluste der Unternehmen während des Lockdowns und der plötzlich nicht mehr vorhandene Bedarf an Arbeitskräften führen zu Kurzarbeit, unbezahltem ,,Zwangsurlaub“ und auch zu Entlassungen. Am heftigsten zeigen sich die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft in den USA. Innerhalb von 4 Wochen wurden dort über 22 Millionen Menschen arbeitslos. Selbst bürgerliche Analyst_Innen in den Vereinigten Staaten gehen davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen bis Ende Mai um weitere 20 Millionen ansteigen wird. [1] Mit den bis März dieses Jahres etwa sieben Millionen erfassten Arbeitslosen kommen die USA bis Anfang Juni auf etwa 50 Millionen Arbeitslose, wohlgemerkt bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 328. Millionen Menschen. Und dabei befinden wir uns noch am Beginn der kommenden Weltwirtschaftskrise, die nun durch die Corona-Pandemie ausgelöst (aber wohlgemerkt nicht verursacht!) wurde.

Es sieht also düster
aus um unsere Zukunft, und um dies zu sehen, müssen wir nicht mal auf die von der Pandemie besonders hart betroffenen USA blicken.

Dass es auch in
Deutschland nicht viel besser aussieht und gerade die Jugend besonders hart von den Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen betroffen ist, zeigt unter anderem die Zahl der Studierenden, die infolge der Corona-Krise ihre Beschäftigung verloren haben. Laut „junge Welt“ vom 15.04. haben demnach über 750 000 der insgesamt ca. 2 Millionen lohnabhängigen Studierenden (69% der 2,9 Mio. Studierenden) seit dem Lockdown kein Einkommen mehr. [2] Da laut Sozialbericht des Deutschen Studentenwerks 59% der erwerbstätigen Studierenden angeben, mit ihrem Verdienst ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sind diese von der aktuellen Situation besonders betroffen. [3] Auch jene Studierende, die von monatlichen Zuwendungen ihrer Eltern abhängig sind, geraten im Falle von Kürzungen des Unterhalts durch Kurzarbeit oder Einkommensverluste ihrer Eltern in eine finanzielle Notlage.

Natürlich kann die
Regierung da nicht einfach tatenlos zusehen und hat sich etwas besonders perfides in dieser Notsituation einfallen lassen: Aktuell diskutiert die Bundesregierung über den Vorschlag der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), zinslose Kredite an bedürftige Studierende zu vergeben. [4] So sollen die Studierenden indirekt selbst die Folgekosten der von den Regierungen beschlossenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bezahlen, indem sie sich selbst verschulden. Den Vorschlag des Deutschen Studentenwerks, das Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für „pandemieverschuldete Härtefälle“ zu öffnen, hat die Bundesregierung abgelehnt. Immerhin soll das BAföG während der Corona-Krise weitergezahlt werden. Jedoch erhalten ohnehin nur etwa 18% der Studierenden BaföG-Zahlungen (Stand 2016, [3]).

Dabei haben die
genannten Probleme der Studienfinanzierung und der prekären Arbeitsverhältnisse, die dazu führen, dass man soeben von einen Tag auf den nächsten seinen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten kann, ihren Ursprung in der neoliberalen Sparpolitik der Herrschenden. Diese haben seit Jahrzehnten in den Bereichen Bildung, Forschung und Lehre Kürzungen vorgenommen und diese chronisch unterfinanziert. Die Kosten für den Staat sollten unter dem Diktat der sogenannten „Schwarzen Null“ möglichst niedrig gehalten werden, was zu allerlei „Reformen“ in den Bereichen der Ausbildungsförderung und der Bildungsfinanzierung führte. Dass heute 2/3 der Studierenden lohnabhängig sind und sich gezwungen sehen schlecht bezahlte, befristete Arbeitsverträge unter miesen Arbeitsbedingungen zu unterschreiben, dass in der Studiengangsordnung vorgeschriebene Praktika unbezahlt sind, dass studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte oftmals die Arbeit erledigen, die eigentlich in den Aufgabenbereich von in Vollzeit angestellten und verhältnismäßig besser bezahlten wissenschaftlichen Mitarbeiter_Innen fallen, das alles sind Probleme, die schon lange vor der Pandemie existierten. Die Corona-Krise hat die miserablen Verhältnisse, unter denen eine

Vielzahl der Studierenden leiden, nur für alle deutlich sichtbar an die Oberfläche gebracht und weiter zugespitzt.

Die kommende Weltwirtschaftskrise, welche sich schon vor Corona anbahnte [5], wird diese Verhältnisse noch weiter verschlechtern. Wir werden mit krassen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, aber auch mit weiteren Angriffen auf unsere Arbeitsrechte und weiteren Massenentlassungen rechnen müssen. Die bisherigen Auswirkungen der Corona-Krise sind nur ein Vorgeschmack auf das, was auf uns zukommen wird. Selbst bürgerliche Ökonom_Innen gehen davon aus, dass die kommende Krise alle bisherigen Wirtschaftskrisen der Menschheit in den Schatten stellen wird [6]. Und ob das Virus durch die aktuellen Maßnahmen (Stichwort Öffnungen der Schulen, Unis, Kindergärten und Geschäfte) tatsächlich wirkungsvoll zurückgedrängt werden kann, ist fraglich. Es ist auch nicht auszuschließen, dass es auch noch zu einer zweiten oder sogar dritten Infektionswelle kommen kann.

So oder so werden wir mit Angriffen der herrschenden Klasse auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert werden. Wenn wir diese nicht einfach hinnehmen, sondern erfolgreich abwehren wollen, müssen wir Widerstand aufbauen. Hierzu müssen wir uns organisieren und Forderungen aufwerfen, für die wir kollektiv kämpfen können, um somit Druck von unten aufzubauen. Wenn jemand von uns wegen der Corona-Krise entlassen werden soll, dann müssen wir alle zusammen dagegen streiken! Dafür müssen wir uns in die Gewerkschaften einbringen und diese zur Unterstützung auffordern!

In der aktuellen Lage treten wir im Kampf gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf uns Studierende für folgende Forderungen ein:

– Keine Entlassungen und uneingeschränkte Lohnfortzahlungen für alle lohnabhängingen Studierenden!

– Bedingungslose
Ausbildungs(Studiums-)finanzierung durch Besteuerung der Reichen

– Tarifverträge für
alle studentisch Beschäftigten, massive Ausfinanzierung von Bildung, Forschung und Lehre!

– Während studentisch
Beschäftigte in der Forschung und Lehre oft die besser bezahlten Vollzeitstellen wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen als „billige Arbeitskräfte“ ersetzen, erhalten Studierende in Praktika für die beinahe gleichen Arbeiten, die von den Kolleg*innen ausgeführt werden, wegen „im Studium vorgesehener Praktika“ keine Bezahlung – Darum gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit! Gesetzliche Pflicht zur Entlohnung aller Arbeitstätigkeiten von Studierenden bei mindestens 15€/Stunde!* Bei Nichteinhaltung durch private Unternehmen müssen diese entschädigungslos enteignet werden!

Da der Kapitalismus die
Ursache für die Probleme und Widrigkeiten darstellt, denen wir als Jugendliche tagtäglich begegnen, müssen wir diesen letztlich durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzen. In einer Gesellschaft, in der demokratisch für die Bedürfnisse der Menschen produziert wird, wäre die Umsetzung von Maßnahmen und die Unterstützung Hilfsbedürftiger kein Problem, da diese nicht der Profitlogik und den Sparzwängen unterliegen würden. Für eine solche Gesellschaft, in der nicht mehr irgendwelche Chefs oder Politiker_Innen über unser Leben entscheiden, sondern in der die Entscheidungen von uns Lohnabhängigen selber getroffen werden, wollen wir mit dir zusammen kämpfen.

*Natürlich ist jede
Form von Lohnarbeit, durch die sich der von den Arbeiter*innen geschaffene Mehrwert privat von den Unternehmern angeeignet wird, immer mit Ausbeutung verbunden. Darum treten wir für eine gebrauchswertorientierte Produktionsweise ohne Privateigentum an den

Produktionsmitteln ein. Jedoch kämpfen wir auch für jegliche Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten im Hier und Jetzt.

Quellen:

[1]
https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/arbeitslosigkeit-usa-103.html

[2]
https://www.jungewelt.de/artikel/376455.hochschulpolitik-in-der-brd-dosenravioli-auf-pump.html

[3]
21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/se21_zusammenfassung_hauptbericht.pdf
[4]
https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-karliczek-studenten-darlehen-100.html

[5]
http://onesolutionrevolution.de/crash-kuerzung-und-corona%ef%bb%bf/

[6]
https://perspektive-online.net/2020/03/die-schlimmste-wirtschaftskrise-aller-zeiten/

---

4 Gründe warum Corona im

Sozialismus ein weniger großes Problem wäre

Florian Hiller

Nachdem China*, wo der SARS-CoV-2 zuerst ausgebrochen ist, die Lage einigermaßen in den Griff zu bekommen scheint, sind es aktuell die beiden imperialistischen Zentren USA und Europa die besonders hart mit dem Virus zu kämpfen haben. Aber auch der Rest der Welt ist von der Pandemie betroffen und besonders für halbkoloniale Länder lässt sich keine positive Prognose abgeben, da die aktuelle nationale Abschottungspolitik nicht auf eine internationale Zusammenarbeit hoffen lässt.
„Länder wie Deutschland oder den USA kann so ein Virus nichts anhaben" hätten wahrscheinlich viele Menschen behauptet. So auch Jens Spahn, der Ende Januar noch sagte „wir sind gut vorbereitet". Auch das Robert-Koch-Institut stufte damals die Gefahr auf „sehr gering" ein. Einige werden jetzt vielleicht immer noch sagen, dass Deutschland ja „verhältnismäßig gut da steht", da in Deutschland bisher die Todesrate relativ niedrig geblieben ist.
Doch nichts ist einfach „gut", solange es „verhältnismäßig gut" ist. Zum Beispiel ist im Vergleich mit dem Feudalismus der Kapitalismus auch ein Fortschritt, ändert trotzdem nichts daran, dass er zerschlagen werden muss, um endlich Schluss zu machen mit Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus, Krieg, Sexismus – um nur einige Probleme zu nennen, die in unserm „tollen System" vorherrschen.
Außerdem wollen wir auch nicht nur schauen, was Deutschland besser machen könnte, wir stehen schließlich für eine internationale Revolution und deshalb schauen wir natürlich über unsere Nationalstaatsgrenzen hinaus.
In diesem Artikel soll es aber nicht nur darum gehen, aufzuzeigen welche Probleme des Kapitalismus gerade verstärkt zum Vorschein kommen, sondern 4 Gründe angeben warum Corona im Sozialismus ein weniger großes Problem ist.

Dazu müssen wir uns erst mal
gedanklich in diese Situation begeben. Weltweit wurden alle

Kapitalist_Innen enteignet und die Produktion vergesellschaftet. Der bürgerliche Staat wurde durch eine Rätedemokratie ersetzt. In dieser gibt es Basisebenen aus Betrieben, Stadtteilen, Schulen etc. die Delegierte für die nächst höhere Räteebene wählen usw. Dabei sind die Delegierten rechenschaftspflichtig und können jederzeit abgewählt werden, wenn die Basis mit ihnen unzufrieden ist. Diese Struktur wird auch genutzt, um demokratisch die Wirtschaft nach den Bedürfnissen aller Menschen zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren.

1. Forschung

Bevor wir in das Szenario gehen, dass
eine Pandemie durch einen Virus auftritt, stellt sich die Frage, ob ein Auftreten so eines Virus nicht auch schon vorher hätte im Sozialismus verhindert werden können?
Die Frage muss erst Mal
mit Nein beantwortet werden. Ähnlich wie andere Naturkatastrophen, wird es in keiner Gesellschaft zu verhindern sein, dass neue Viren auftreten, die einen großen Teil der Menschen infizieren und auch im Sozialismus wäre so eine Pandemie eine Herausforderung.
Trotzdem
wären wir besser darauf vorbereitet. Denn wie bereits gesagt, können wir davon ausgehen, dass Pandemien ausbrechen werden. Es erscheint aktuell wie ein blöder Zufall, dass so etwas passiert, aber es gab in der Geschichte immer große Seuchen, und es gibt auch Forschung die besagt, dass es gerade bei unserer aktuellen Form der industriellen Massentierhaltung ein besonders
hohes Risiko für
das Ausbrechen von neuen gefährlichen Krankheiten gibt. Auch zu Corona-Viren wurde bereits geforscht. Betrachten wir das Bedürfnis der Menschen nach Gesundheit, dann wird klar, dass es wichtig ist sich mit solchen Bedrohungen für die Gesundheit auseinanderzusetzen. Das Problem in unserer Marktwirtschaft ist, dass die Bedürfnisse der Menschen nicht im Vordergrund stehen, sondern der Profit. Das führt

zu einem paradoxem Phänomen. Das Forschungsinstitut, dass forscht um Leute vor Pandemien zu schützen braucht eine Pandemie um dies zu tun. Denn erst mit Eintreten der Krankheit, ist es profitabel und unbedingt notwendig etwas gegen die Krankheit zu tun.
Im
Sozialismus hätten wir uns schon bereits vor Ausbrechen der Krankheit mehr mit dem Risiko von Pandemien auseinandergesetzt, da es wichtig ist für das Bedürfnis nach Gesundheit sich mit dem Verhältnis des Menschen und der Natur auseinanderzusetzen und die Forschung dahingehend einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht und in der Planwirtschaft umfassender berücksichtigt würde.

2. Gesundheitssystem

Ein weiterer Punkt, der sich auf die Vorbereitung auf eine Pandemie bezieht, aber auch auf deren Bekämpfung, ist die Situation des Gesundheitssystem. Spätestens jetzt zeigt sich was für Folgen es hat, wenn die neoliberale Profitlogik bis tief in die Grundbedürfnisse der Menschen hineindrängt. Wenn heute viel von „Flatten the curve“ geredet wird, dann bedeutet das, dass die Zahl der Infizierten und besonders der Leute, die auf einer Intensivstation behandelt werden müssen, so gering zu halten, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet ist. Es gibt eine Grenze an Verfügung stehenden medizinischen Personal und Geräten und wird diese Grenze überschritten kommt es zu der Situation in der abgewogen werden muss, wer behandelt wird und wer sich selbst überlassen bleibt. Dass diese „Grenze“ überall sehr tief liegt, lässt sich zurückführen auf die Privatisierung des Gesundheitssystems und die damit einhergehenden Folgen, wie z.B die schlechten Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Dass Diese Grenze liegt aber noch niedriger in Länder wie Italien und Spanien. Das liegt daran, dass ihnen, unter anderem von Deutschland, Spardiktate aufgezwungen wurden, was die Zerrüttung der Gesundheitsversorgung noch schneller vorantrieb. In Ländern die noch schlechter dastehen ist für viele Menschen mit unzureichender Wasserversorgung der „Hände waschen“-Slogan blanker Hohn.

Im Sozialismus ist Gesundheit ein Bedürfnis, dessen Schutz gesellschaftliche

Aufgabe ist, und keine Ware mit der Profit gemacht werden kann. Da Gesundheit ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen ist, hat es auch einen ziemlich hohen Stellenwert und dementsprechend ist das Gesundheitssystem gut ausgebaut und mit mehr medizinisches Personal versorgt. Außerdem ist die Versorgung für jeden frei zugänglich. Zudem wären die Hygienestandards weltweit gesichert und nicht nur in einzelnen imperialistischen Zentren, die nur einen Teil der gesamten Weltbevölkerung ausmachen.

3. Maßnahmen

Die bisherigen Punkte bezogen sich größtenteils darauf, dass der Sozialismus im Allgemeinen besser vorbereitet ist auf eine Pandemie, sei es durch Forschung, aber vor allem durch das Gesundheitssystem.
Welche Maßnahmen können nun getroffen werden? Aktuell wird viel darüber diskutiert, wann die Maßnahmen (z.B Soziale Distanzierung) wieder gelockert werden und wieder zu einem „normalem Leben“ zurückgekehrt werden kann. Der Gedanke dahinter kümmert sich nicht in erster Linie darum den Menschen das Bedürfnis nach sozialen Kontakten wieder zu ermöglichen. Es geht darum, dass die Leute wieder arbeiten sollen um die wirtschaftlichen Folgen fürs Kapital möglichst gering zu halten – schon jetzt wird eine Schrumpfung der Wirtschaft erwartet. Wenn nun wegen der Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona in vielen Bereichen die Arbeit stillsteht, wird das die Wirtschaft stark treffen, die Folgen dessen werden letztendlich wieder besonders an der Arbeiter_Innenklasse ausgelassen.

Auch im Sozialismus müssen wir
arbeiten und auch im Sozialismus ist es ein Problem, wenn manche
Arbeiten eingestellt werden. Wie könnten wir also im Sozialismus
handeln und was wären dabei Vorteile?
Tritt so ein Virus auf,
ist es wichtig schnell, auf Grundlage der wissenschaftlichen
Kenntnisse und einheitlich zu handeln. Da eine Pandemie die ganze
Welt betrifft, würde in einer Rätedemokratie hier der höchste Rat
zunächst die wichtigsten Entscheidungen über Maßnahmen treffen.
Wie bereits zu Beginn erklärt, werden diese Entscheidungen aber von

den unteren Ebenen kontrolliert was verhindert, dass es zu Machtmissbrauch kommt, wie aktuell in einigen bürgerlichen Staaten.
Die soziale Distanzierung wäre dann wahrscheinlich auch dann ein gängiges Mittel neben besseren und mehr Masken. Während der Kapitalismus dabei bemüht ist möglichst viele Arbeitsfelder aufrecht zu erhalten um Profit zu machen, (siehe Italien, wo trotz starker Ausbreitung von Corona die Produktion lange aufrecht erhalten wurde, was letztendlich auch zu Streiks führte), ist es im Sozialismus viel leichter die Arbeit auf gesellschaftlich notwendige Arbeit zu reduzieren. Die Fabriken sind nicht auf Profit angewiesen. Das ist auch der Grund warum solche Maßnahmen über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden können, was wiederum die Bekämpfung des Virus stark erleichtert. Während im Kapitalismus abgewogen werden muss zwischen Rettung der Wirtschaft und Rettung von Menschenleben, kann sich im Sozialismus auf Letzteres fokussiert werden.
Die soziale Distanzierung bis zur Quarantäne ist natürlich auch für Menschen einer sozialistischen Gesellschaft eine neue und eher unangenehme Situation. Sie wäre aber für den Großteil der Menschen deutlich angenehmer als in der heutigen Situation und vor allem deutlich gerechter. Wenn deine 1900 Quadratmeter Villa auf einem 22000 Quadratmeter großen Grundstück steht (Jeff Bezoz, Amazonbesitzer Präsident von Amazon) lässt es sich schon etwas leichter aushalten, als wenn dir nur eine kleine Wohnung für deine ganze Familie zur Verfügung steht, oder gar keine. Es muss sich in der Zeit auch keine Gedanken darüber gemacht werden wie ich in der Zeit meine Miete bezahlen soll. Wohnen ist für alle eine Grundversorgung. Es gäbe genug Frauenhäuser zum Schutz vor häuslicher Gewalt.

Ein weiterer Punkt betrifft die Bekämpfung des Virus. Die Corona-Pandemie wird erst vorbei sein, wenn entweder Herdenimmunität eintritt, das heißt ca. 70% der

Menschen infiziert waren, oder ein Impfstoff entwickelt wurde.

4. Impfstoff

Wie bereits am Anfang erwähnt, hätte es im Sozialismus bereits mehr Forschung über Corona-Viren gegeben, sodass wir vermutlich einem Impfstoff näher stehen würden. *„Wäre uns das Geld nicht ausgegangen, dann hätten wir womöglich schon eine Impfung gegen Covid-19 in der Hand“* (Peter Hotez, Mediziner und Dekan des Baylor College of Medicine in Houston, Texas). Er meint damit eigentlich einen alten Sars-Virus, der aber dem jetzigen Sars-CoV-2 sehr ähnlich ist und deshalb wahrscheinlich auch aktuell genutzt werden könnte. Von vielen wird der Wettbewerb im Kapitalismus immer als Entwicklungsgarant angepriesen, so auch jetzt, wenn viele einzelne Unternehmen in Konkurrenz auf der Suche nach dem großen Deal mit ihrem Patent ihre Forschung nach einem Impfstoff beginnen. Wir sehen das eher als großes Hindernis. Im Sozialismus können sich ForscherInnen der ganzen Welt austauschen und ihr gesammeltes Wissen und Ressourcen nutzen um schnell einen Impfstoff zu entwickeln. Dabei geht es auch nicht darum schnellstmöglich „seine Nation“ von dem Virus zu befreien um gegenüber anderen Nationen gestärkt aus der Krise herauszukommen, sondern darum allen Menschen auf der Welt schnellstmöglich einen Impfstoff kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassen lässt sich der Inhalt des ganzen Artikels eigentlich gut in wenigen Worten: „Gesundheit für Alle, anstatt Profite für Wenige!“. Von da aus konsequent weitergedacht, wird klar, dass wir dafür unser kapitalistisches System überwinden müssen. Wie wir uns uns den „road to revolution“vorstellen könnt ihr in unserem Programm nachlesen.

*In unseren Augen ist China nicht sozialistisch, sondern ein imperialistisches Land.

Was bringt uns das Rettungspaket der Bundesregierung?

Jonathan Frühling

Auch in Deutschland entstehen massive wirtschaftliche und soziale Verwerfungen durch die Corona-Pandemie, man spricht von der „Corona-Krise“. Diese findet auf 2 verschiedenen Ebenen statt: Auf der wirtschaftlichen Ebene und auf der medizinischen Ebene. Die Wirtschaftskrise ist die tiefgreifendste seit der großen Depression ab 1929, wurde allerdings durch die medizinische Krise nur ausgelöst und verstärkt, jedoch keineswegs verursacht. Eine schwere Rezession war von führenden Ökonom_Innen bereits vorher für 2020 vorhergesagt.

Um den Auswirkungen der Krisen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung Maßnahmen in einer Höhe von bis zu 756 Milliarden Euro angekündigt. Viele Menschen in Deutschland glauben, dass die Bundesregierung damit der Allgemeinheit einen großen Dienst erwiesen hat. Die Zustimmungswerte der Regierungspartei CDU sind so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Wir wollen in dem folgenden Artikel einmal genauer beleuchten, was die Maßnahmen der Regierung eigentlich genau beinhalten und somit herausfinden, wem sie helfen und wem nicht.

Neuverschuldung für Corona-Hilfen

Sechs Jahre lang war ein Stopp von Neuverschuldungen (die sogenannte „schwarze Null“) deutsche Staatsdoktrin und hat zu einem massiven Investitionsstau bei Bildung, Infrastruktur und Kultur geführt. Dem hat Corona vorerst ein Ende gemacht. Dieses Jahr wird die Neuverschuldung bei 156 Milliarden Euro liegen. 3,5 Milliarden sollen davon in die Entwicklung eines Impfstoffes und das Erwerben von Schutzausrüstung gesteckt werden. Weitere 55 Milliarden werden zur sonstigen Pandemiebekämpfung veranschlagt. Für Unternehmen mit 1-10 Mitarbeiter_Innen sollen insgesamt

rund 50 Milliarden aufgewendet werden, um ihre laufenden Kosten, wie Mieten oder Versicherung zu decken. Unternehmen mit bis zu 5 Mitarbeiter_Innen bekommen einmalig bis zu 9000€, Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeiter_Innen bekommen einmalig bis zu 15000€, ohne, dass sie das Geld zurückzahlen müssen. Je nach Bundesland gibt es auch Soforthilfen für größere Unternehmen.

Und die Krankenhäuser?

Hilfen vom Staat bekommen auch private und gewinnorientierte Krankenhäuser. Das Geld ist allerdings hauptsächlich dafür da, die Krankenhäuser für ausbleibende Profite zu entschädigen. Durch das Freihalten von Betten für Corona-Patient_Innen müssen nämlich profitable Operationen abgesagt oder verschoben werden. Hätte man die Krankenhäuser in den letzten 20 Jahren nicht massenweise privatisiert, dann müsste dieses Geld überhaupt nicht erst gezahlt werden.

Über Geld für mehr Personal und eine Belastungsentschädigung für die Arbeiter_Innen im Gesundheitssystem wird dagegen kaum gesprochen. Das reguläre Personal wird stattdessen für dessen lebensrettende Arbeit mit der Einführung der 60h-Woche „belohnt“. Da können 500€ Einmalzahlung, wie es sie in Bayern angekündigt wurde, auch kein Trost sein. Medizinstudent_Innen, die sich freiwillig zum Dienst melden, sollen sogar kostenlos auf den Stationen buckeln und sich der Ansteckungsgefahr aussetzen. Das alles löst in den Krankenhäusern momentan Unverständnis und Wut aus.

Der 600-Milliarden-Rettungsschirm für größere Unternehmen

Der eigentliche Rettungsschirm von bis zu 600 Milliarden ist dagegen nur für größere Unternehmen (d.h. ab 10 Mitarbeiter_Innen). 400 Milliarden dienen dabei als Bürgschaften, mit denen Unternehmen frische Kredite absichern können. Konkret bedeutet das, dass Unternehmen Kredite bei ihrer hauseigenen Bank aufnehmen und diese durch die KfW-Bank (Kreditanstalt für den Wiederaufbau; eine staatliche Förderbank, die der Finanzierung von deutschen Unternehmen dient) abgesichert werden. Wenn das Unternehmen

das Geld nicht zurückbezahlen kann, dann zahlt die KfW-Bank bis zu 90% der Kredite zurück. Weitere 100 Milliarden gibt es dafür, dass die KfW-Bank direkt Kredite an Unternehmen vergeben kann, bei denen sie 100% des Ausfallrisikos übernimmt.

Die letzten 100 Milliarden sind dazu da, dass der Staat selbst als Anteilseigner in Unternehmen in Schieflage einsteigt, um Kapital in die Firmen zu pumpen und das Vertrauen in sie zu stabilisieren. Im Extremfall will der Staat diese Unternehmen sogar komplett übernehmen und trägt somit die Kosten für die Sanierung oder das Risiko einer Pleite. Sobald die Unternehmen wieder Gewinne machen, will sich der Staat freilich wieder zurückziehen. Es werden also mal wieder Verluste über die Steuergelder sozialisiert und Gewinne privatisiert. Mit dieser schändlichen Praxis muss endlich Schluss sein!

Für die Arbeiter_Innen: Kurzarbeit

Zudem muss das Kurzarbeitsgeld aufgewendet werden, das 470.000 Unternehmen für ihre Arbeiter_Innen beantragt haben und bereits insgesamt 4 Millionen Arbeiter_Innen betrifft. Kurzarbeit bedeutet, dass Lohnarbeiter_Innen (zumindest teilweise) zuhause bleiben und dafür 60%, bzw. mit Kind im Haushalt 67%, des Gehaltes als Zahlung bekommen, anstatt vielleicht gekündigt zu werden. So erscheint es vielen, dass das Hilfspaket allen Menschen zu Gute kommt. Tatsächlich wird das Kurzarbeitsgeld überhaupt nicht aus dem Hilfspaket gezahlt. Stattdessen wird die Kasse der Arbeitslosenversicherung aufgebraucht. Diese Kasse wird paritätisch (das heißt zu gleichen Teilen) von Unternehmen und Arbeiter_Innen finanziert. Schenken tut die Bundesregierung uns also überhaupt nichts.

Aus der Finanzierung des Kurzarbeitsgeldes ergibt sich jedoch ein gravierendes Problem: In Zukunft werden wir in Deutschland mit gewaltigen Massenentlassungen konfrontiert werden. Die Auto-, Elektro- und Maschinenbauindustrie kündigte in den letzten 5 Jahren bereits zehntausenden Menschen ihren Job. Und das Kapital machte auch vor der Corona-Krise schon öffentlich, dass weitere hunderttausende Menschen entlassen werden sollen.

Die Wirtschaftskrise wird diese Tendenz in der gesamten Wirtschaft verstärken und beschleunigen. Doch wo soll dann das Arbeitslosengeld für diese Menschen herkommen, wenn die Kassen bereits jetzt geleert werden? Wir können uns deshalb wahrscheinlich in Zukunft auf Beitragserhöhungen und/oder Kürzungen von Leistungen gefasst machen. Wäre es nicht viel sinnvoller, die Unternehmen die Löhne fortzahlen zu lassen, bis ihre eigene Liquidität aufgebraucht ist?

Stattdessen zahlte VW vor kurzem 1,3 Milliarden (!) Euro an seine Aktionär_Innen aus. Um herauszufinden, wie viel Geld bei den Unternehmen für Lohnfortzahlungen vorhanden ist, müssten diese gezwungen werden, ihre Finanzen offen zu legen. Haben die Unternehmen in der kommenden Krise deshalb Liquiditätsprobleme, müssen sie entschädigungslos verstaatlicht werden.

Für die Arbeiter_Innen läuft es hingegen auch trotz Kurzarbeitsgeld schlecht: Der anteilige Wegfall vom Einkommen ist für viele Niedriglöhner_Innen bereits existenzbedrohend, gleichzeitig sind sie am häufigsten davon betroffen und bekommen es viel seltener vom Unternehmen aufgestockt als jene, die ohnehin viel verdienen. 40% der Kurzarbeiter_Innen ohne Aufstockung hatten angegeben, nicht länger als 3 Monate damit auszukommen. Außerdem bekommen viele Arbeiter_Innen ihr Kurzarbeitsgeld erst, wenn sie Überstunden und Urlaub verbraucht haben, dürfen ihre Freizeit also jetzt in Quarantäne absitzen. Leiharbeiter_Innen, Minijobber_Innen, Scheinselbstständige oder Menschen, die gezwungen sind, „schwarz“ zu arbeiten, zahlen nicht in die Arbeitslosenversicherung ein und bekommen ohnehin nichts über Hartz IV hinaus. Davon sind ca. 30% der Lohnarbeiter_Innen betroffen.

Und trotzdem steigen die Umfragewerte der CDU

Wieso hat die Union bei diesem neoliberalen und arbeiter_Innenfeindlichen Krisenmanagement dennoch mit 37% ihr höchstes Ergebnis seit der letzten Wahl? Zum einen ist die Krise sehr unübersichtlich und tatsächlich weiß niemand ganz genau, was am besten ist, um z.B. Neuansteckungen zu verhindern. Deshalb hat es die Regierung momentan leicht, die

Einschränkungen und Maßnahmen als alternativlos darzustellen.

Zum anderen darf auch nicht vergessen werden, dass es eine nicht unerhebliche Schicht von kleinen und kleinsten Unternehmer_Innen in Deutschland gibt. Vorher haben diese vielfach die Grünen oder die AfD gewählt. Dies sind beides klassische Parteien des Kleinbürger_Innentums und die Parteien, von deren Verlust die CDU kürzlich profitiert hat. Sie fühlen sich jetzt wieder durch die CDU vertreten, da diese Geld investiert, um sie vor der Pleite zu bewahren.

Außerdem steht die gewaltige Summe von 600 Mrd. im Raum. Die Bevölkerung hat deshalb das Gefühl, dass die Regierung bei der massiven Krise auch massive Maßnahmen ergreift. Dass dieses Geld gar nicht zur Finanzierung der Kurzarbeit genutzt wird, ist vielen Arbeiter_Innen gar nicht bekannt. Sie sind einfach nur froh, Kurzarbeitsgeld statt gar nichts zu bekommen, auch wenn das nicht mehr wirklich zum Leben reicht.

Die Arbeiter_Innen, deren Arbeitsplätze durch die Rettung der Unternehmen erhalten bleiben, sind natürlich auch froh, ihren Job vorerst behalten zu können. Pleiten und Massenentlassungen in angeschlagenen Unternehmen würden heutzutage nämlich tatsächlich die Arbeiter_Innenklasse besonders heftig treffen. Sie sehen dabei nicht, dass die kapitalistische Regierungspolitik diese Probleme überhaupt erst verursacht und dass eine Politik möglich wäre, die die Arbeiter_Innen direkt versorgt, ohne dass dabei noch die Profite geschützt werden. So könnte man auch eine Infektion am Arbeitsplatz verhindern, indem man die Produktion verbietet, wo es für die Versorgung verkraftbar wäre. Doch das wäre für das deutsche Kapital schmerzhaft. Stattdessen will die Regierung die Ausbreitung auf eine andere Weise hemmen und schränkt dafür umso stärker das Privatleben der Menschen ein. Indem der neoliberale Kurs als alternativlos dargestellt wird, werden die Arbeiter_Innen fälschlicherweise vor die Wahl gestellt, ob sie eher eine Kontaktsperre oder den Jobverlust in Kauf nehmen würden. So sind dann viele mit dem Ausmaß der Einschränkungen und der Regierungsarbeit ganz zufrieden.

Selbst wenn die Corona-Krise vorbei ist, wird die Wirtschaftskrise jedoch

weiter wüten. Massenarbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und eine Welle von Unternehmenspleiten werden dann unvermeidlich sein. Kleine Unternehmer_Innen und Arbeiter_Innen werden davon besonders schwer betroffen sein. Die Mittel der Regierung die Krise abzufedern, werden zudem nach der Pandemie noch kleiner sein als zuvor. Mit der Beliebtheit der Regierung dürfte es dann vielleicht schnell wieder vorbei sein.

Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Rettungspaket der Bundesregierung in erster Linie dazu da ist, um die Stellung deutscher Konzerne auf dem Markt zu halten und nicht um Löhne fortzuzahlen oder Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Lohnarbeiter_Innen in Deutschland stellen sich deshalb berechtigterweise die Frage, wo die Bundesregierung war, als sie zu Tausenden die Sanierung von Schulen oder zu Millionen die Rettung der Umwelt gefordert haben. Das Geld war anscheinend da, die Bundesregierung aber nicht gewillt, unsere Interessen in die Hand zu nehmen.

Wir fordern, dass das Geld zur Bekämpfung der Corona- und Wirtschaftskrise anders als bisher eingesetzt wird:

- Für ein Kontrolle von Arbeiter_Innen und Gewerkschaften darüber, was mit den Hilfsgeldern geschieht, damit sie uns und nicht nur dem Kapital zugutekommen.
- Rettet die Kassen der Arbeitslosenversicherung! Unternehmen müssen die Löhne in *voller Höhe* selbst zahlen, bis ihre Liquidität verbraucht ist, dann übernimmt der Staat. Um Betrug vorzubeugen, müssen sie ihre Geschäftsbücher offen legen. Gehen sie pleite, werden sie entschädigungslos enteignet!
- Einmalige progressive[1] Vermögensabgabe für die Bekämpfung der Pandemie und Wirtschaftskrise und zur Abfederung der sozialen Folgen!
- Geld für mehr Sozialhilfen, Frauenhausplätze und Bildungsgerechtigkeit statt für große Unternehmen!
- Für eine Aufwertung des Pflegeberufs durch höheren Lohn und mehr

Personal!

[1]:
Progressiv bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Prozentsatz der Abgaben mit der Höhe des Vermögens steigt.

Quellen:

https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/coronavirus-corona-rettungspaket-scholz-altmaier-1.4854296
https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html
https://www.neues-deutschland.de/artikel/1135753.coronakrise-schon-vier-millionen-beschaeftigte-in-kurzarbeit.html

---

Fulda: REVO vor Ort!

Fulda: Schulleitung macht
Druck auf linke Schüler_Innen

Im
Zuge der Bewerbung einer Veranstaltung zu den Strategien der Umweltbewegung, waren Mitglieder unserer Fuldaer Ortsgruppe an ihren Schulen aktiv, um mit einem Flyer Mitschüler_Innen für die Umweltproblematik zu sensibilisieren.

In
diesem Flyer argumentieren wir, dass es kein Zufall ist, dass die Regierungen trotz alarmierender wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht fähig und nicht willens sind ihre Politik zu ändern. Sie stehen stellvertretend für eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, in welcher letztlich alles den Profitinteressen der Wirtschaft untergeordnet wird – auch der Umweltschutz, denn dieser kostet

Geld. Nachhaltigkeit und Kapitalismus sind zwei unvereinbare Widersprüche. Deshalb treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der sich die Wirtschaft an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und
auch von diesen demokratisch und nachhaltig geplant wird.

Diese
Forderung reichte an einer Schule aus, um für Wirbel zu sorgen. Ein Vater bekam den Flyer von seinem Sohn gezeigt und alarmierte umgehend die Schulleitung. Von dieser forderte er Maßnahmen und sogar ein Eingreifen der Sicherheitsbehörden, da die Überwindung des Kapitalismus gegen die „freiheitlich-demokratische“ Grundordnung verstößt. Die Schulleitung reagierte mit einer Mail an den Elternbeirat, das staatliche Schulamt und den Beauftragten für Extremismusprävention. Nun soll der Verfassungsschutz an die Schule kommen und über „Linksextremismus“ aufklären.

Dabei
muss man sich vor Augen führen: In Hessen sind in letzter Zeit mehrere Nazi-Netzwerke bei der Polizei aufgeflogen. Weiter gab es zwei faschistische Terroranschläge. Mit dem NSU gab es 2006 noch einen dritten. Durch Hessen zieht sich eine Blutspur des rechten Terrors. Kam da mal jemand auf die Idee an Schulen darüber aufzuklären? Fehlanzeige. Und jetzt setzen sich Schüler_Innen für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft jenseits des Kapitalismus ein und der Verfassungsschutz soll kommen!? Geht’s noch!?

Wir
lassen uns von Schulleitungen und Eltern, die im Kampf für eine gerechte und nachhaltige Welt ein Problem sehen, sicher nicht einschüchtern und werden auch weiterhin an unseren Schulen aktiv sein für die Überwindung des Kapitalismus!

Berlin: REVO vor Ort!

Theaterstück & Workshop zu alternativem Sexualkundeunterricht

Nachdem
wir uns auch in Berlin an der Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März beteiligt hatten, führten wir am Alexanderplatz, dem Endpunkt der Demo, ein Theaterstück zum Thema „Alternativer Sexualkundeunterricht“ auf. Dazu spielten einige Mitglieder eine Schulklasse, in der gerade zum ersten Mal das Thema „Sexualität“ behandelt wird. Der von uns dargestellte Lehrer konfrontierte sie also mit den typischen Mythen und Stereotypen des Sexualkundeunterrichts wie zum Beispiel „Sex dient nur der Fortpflanzung“, „Frauen müssen sich um die Verhütung kümmern“ oder der problematischen Einteilung von Sex in Kategorien wie „normal“ und „unnormal“. Die Schüler_Innen der Klasse
stellten nun
kritische Fragen an ihren Lehrer wie „Spielt Spaß beim Sex keine Rolle?“ oder „Sind diese Standards nicht super homophob?“, auf die dieser nicht antworten wollte oder konnte. Daraufhin übernahmen die Schüler_Innen selbst die Kontrolle über den Unterricht und forderten ein alternatives und fortschrittlicheres Konzept zum bisher bestehenden Sexualkundeunterricht. Ziel dieser Aufführung war es, aufzuzeigen wie sexistisch, heteronormativ und veraltet die Standards dessen sind und Schüler_Innen dazu zu ermutigen, dies auch offen in der Schule zu kritisieren und eine Bildung einzufordern, die sich an der tatsächlichen Realität von Sexualität orientiert und nicht an sexistischen und homophoben Stereotypen. Abschließend zu unserer Aufführung öffneten wir die Diskussion für alle Zuschauer_Innen zu einem Workshop mit Themen wie Konsens und wie sich problematische Sexualpädagogik auch später noch auf unser Sexualleben auswirkt.